

# Die Lösung der Klimakrise darf nicht im Bombenhagel des Ukrainekriegs untergehen

## IPCC-Bericht: Friedensnobelpreisträger-Organisation fordert Rücknahme des 100-Milliarden-Pakets

Anlässlich des heute veröffentlichten Bericht des Weltklimarats, forderte die Ärzt\*innenorganisation IPPNW die Bundesregierung auf, das geplante 100-Milliarden-Paket für Aufrüstung auch im atomaren Bereich zurück zu nehmen. Angesichts der Klimakrise könne man es sich nicht leisten weiter in Aufrüstung zu investieren und die Rüstungsindustrie zu befeuern, so die Friedensnobelpreisträger-Organisation.

„Der Ukraine-Krieg und die Klimakrise haben die gleichen Wurzeln: die langfristig größten Sicherheitsrisiken und Konfliktpotentiale durch fossile Energie ergeben sich aus der Verflechtung der Klimakrise mit Rüstung und Militarisierung“, unterstreicht Dr. med. Angelika Claußen, Vorsitzende der IPPNW. Das bestätigt auch der IPCC-Bericht.

Erstmals wurden heute die Ausgaben des Militärs im Bericht des Weltklimarats aufgeführt. So seien allein im Jahr 2012 1.748 Billionen US-Dollar für das Militär ausgegeben worden. Weiterhin hieß es: zur Abmilderung der Klimakrise werden alle Ressourcen benötigt. Es müsse radikal umgedacht werden, um das 1,5 Grad Limit noch erreichen zu können. „Wir haben nur noch wenige Jahre um die Emissionen zu deckeln. Deshalb benötigen wir eine radikale Transformation in allen Wirtschaftsbereichen – auch in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik!“, so Claußen weiter.

Angesichts der massiven Investitionen in das Militär und dem damit verbundenen Ausstoß von CO<sub>2</sub> durch Kriege und die Rüstungsindustrie, sei ein Umdenken hin zu ziviler Konfliktbearbeitung dringend notwendig. Gewaltfreie Lösungen von Konflikten verhinderten, dass Menschen unter den Schrecken von Kriegen leiden müssten und reduzierten die Mittel die notwendig sind, um Kriegsschäden zu reparieren. Die dafür notwendigen, massiven öffentlichen und privaten Mittel könnten stattdessen auf sozialen und gerechten Klimaschutz konzentriert werden.

Laut Bericht sei das 1,5-Grad-Ziel nicht allein durch die CO<sub>2</sub>-Bepreisung zu schaffen. Die Reduktion der weltweiten Militärausgaben, gekoppelt mit ziviler Konfliktbearbeitung und länderübergreifenden Verträgen zu Rüstungskontrolle und atomarer Abrüstung würden immense Gelder für die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) freisetzen. Das würde auch die atomare Bedrohung in Europa abmildern, meint Claußen.

"Wir müssen jetzt andere Prioritäten setzen und diese liegen eindeutig nicht auf einem 100-Milliarden-Paket für die Bundeswehr!", fordert die IPPNW-Vorsitzende. „Auch die kriegsbedingten, jetzt anrollenden Hungerkrisen in den Ländern des globalen Südens müssen gelöst werden. Über 800 Millionen Menschen hungern. Laut dem Welternährungsprogramm der UNO fehlen dieses Jahr 8 Milliarden Euro um die Nachfrage nach Nahrungsmitteln zu decken. Ich frage mich: Was sind 8 Milliarden Euro gegen 100 Milliarden Euro Aufrüstung? Lasst uns Prioritäten setzen und den Fokus auf die Bekämpfung des Hungers und des Klimawandels legen statt uns gegenseitig zu bekämpfen!“

### **05.04.2022 Weitere Informationen zu Krieg und Klima:**

[ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Infoblatt\\_Militaer\\_und\\_Krieg.pdf](http://ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Infoblatt_Militaer_und_Krieg.pdf)

Kontakt: Lara-Marie Krauß (IPPNW), Tel.: 030 698074-15, E-Mail: [krausse@ippnw.de](mailto:krausse@ippnw.de)